

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Allgemeine Homosexuelle Aktion Antifa-Bund der Antifaschisten Antirassistische Initiative Bundesarbeitsgemeinschaft gegen Antisemitismus und Rassismus der feministischen Partei Die Frauen Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten Berliner Freunde der Völker Rußlands Berlin-Brandenburgische Geschichtswerkstatt Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg Humanistischer Verband Deutschlands Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft Neue Gesellschaft für Bildende Kunst Neuköllner Kulturverein Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken VVN - Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten Werkbund-Archiv und viele Einzelmitglieder

zusammengeschlossen zum

Verein

**AKTIVES MUSEUM
Faschismus und Widerstand in Berlin**

Mitgliederrundbrief Nr. 42

Oktober 1999

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

allen jüdischen Mitgliedern, Freundinnen und Freundinnen wünschen wir von Herzen ein gutes Jahr 5760.

Wir haben hier fast ausschließlich an der Ausstellung *Haymatloz - Exil in der Türkei* gearbeitet, die ab 8. Januar 2000 in der Akademie der Künste gezeigt werden wird. Die Arbeit an den Ausstellungstafeln ist fast abgeschlossen, sie werden jetzt ins Türkische übersetzt und gehen dann in Produktion. Nun widmen wir uns dem Katalog. Er wird alle Ausstellungstafeln enthalten und Artikel zu Themen, die sicher besser in dieser Form als in Ausstellungstafeln darstellen lassen. Das Landesschulamt wird zur Ausstellung Unterrichtsmaterialien, erarbeitet von Sabine Hillebrecht, verteilen. Viele Menschen in aller Welt, die (meist mit ihren Eltern) nach 1933 in die Türkei emigriert waren, planen bereits für den Januar eine Reise nach Berlin. Nach dem Berliner Termin soll die Ausstellung wandern. Wir nehmen an, daß sie sich für alle Orte mit einer historisch interessierten Öffentlichkeit und einer türkischen Minderheit eignet. Wir hoffen, daß viele Freundinnen und Freunde von auswärts im Januar/Februar nach Berlin kommen, um die Ausstellung zu sehen und vielleicht zu prüfen, ob sie sich auch für ihren Ort eignet.

Schon heute legen wir Zahlscheine für den Mitgliedsbeitrag 2000 - oder für eine Spende bei. Spender, die für die Türkei-Ausstellung, für die noch Geld gebraucht wird, spenden wollen, vermerken das bitte auf dem Überweisungsträger.

Geschäfts- und Dokumentationsstelle : Chausseestr. 8, 10115 Berlin
Telefon und FAX 030/281 51 98
Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

Inhaltsverzeichnis

Wir trauern um Ignatz Bubis	S. 3
Christiane Hoss: Zur Eröffnung der Ausstellung <i>Exil – Flucht und Vertreibung aus dem Bayrischen Viertel</i>	S. 4
Christiane Hoss: Zur Verfolgung von NS-Flüchtlingen im Ausland: Fritz Bauer und Stefan Heym	S. 7
Erklärung des Internationalen Beirats der Stiftung Topographie des Terrors zum Stand und den Problemen des Neubaus	S. 23
Christine Fischer-Defoy: 'Wollt Ihr wirklich Thomas Mann wiederhaben?' – Rezension	S. 27
Annette Leo: Tödliche Worte – gehütetes Geheimnis – Rezension	S. 28
Matthias Haß: Lügendetektor – Vernehmungen im besiegten Deutschland - Rezension	S. 29
Christine Fischer-Defoy: 'Ich steh und fall mit Deutschland' Julius Bab und der Jüdische Kulturbund Berlin – Rezension	S. 31
Wir wurden gebeten, folgendes zu veröffentlichen	S. 32
Aufruf: Alltagsgegenstände werden im Jüdischen Museum Berlin die Erinnerung bewahren	S. 33
Peter Rühmkorf: Kinder, spricht der Onkel Walser...	S. 34

Redaktion/Zusammenstellung: Christiane Hoss und Martin Schönfeld

BERICHTIGUNG:

Im Rundbrief Nr. 41 Juni 1999 wurde der Name des Autors des Artikels *Death Camps as Kitsch* leider falsch geschrieben. Er lautet richtig **Gabriel Schönfeld**.

Wir trauern um



IGNATZ BUBIS

(1927 - 1999)

Vorsitzender des Internationalen Beirats der Stiftung Topographie des Terrors

Das Bild zeigt Ignatz Bubis im November 1996 auf einer Protestkundgebung zum Baustopp des Besuchs- und Dokumentationszentrums Topographie des Terrors.

Photo nach Berliner Zeitung v. 12.11.1996

Zur Eröffnung der Ausstellung *Exil - Flucht und Vertreibung aus dem Bayerischen Viertel*

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich im Namen des Vereins Aktives Museum. Dieser Verein ist nicht so bekannt, wie ich es mir wünsche, daher kurz seine Geschichte. Im Jahr 1982 fand sich eine Bürgerinitiative von Berlinerinnen und Berlinern zusammen, die für 1983 Ausstellungen und Veranstaltungsreihen zum 50. Jahrestag von 1933 vorbereiteten. 1982 hielt nämlich der Senat noch nicht viel von Gedenktagen. Das ist lange her. Wie es so zu gehen pflegt: als das Datum näherrückte, waren die Politiker froh, daß bereits Projekte für 1983 liefen und übernahmen einen Teil davon ins offizielle Berliner Programm. Durch diesen Erfolg übermütig geworden, gründete die Bürgerinitiative im Juni 1983 einen regelrechten Verein namens *Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin* und nahm sich vor, Erinnern auf dem sog. Gestapo-Gelände in Kreuzberg zu fordern. Wo einst in der Prinz-Albrecht-Straße die Zentralen von Gestapo und SS, später das Reichssicherheitshauptamt gewesen waren, sollte ein Denkort entstehen. Damals gab es da nur Schuttberge und dazwischen Straßen zum Übungsfahren ohne Führerschein. Mit der Forderung nach einem angemessenen Umgang mit diesem Gelände hatte der Verein für 10 Jahre Arbeit genug. Es gelang, viele Bündnispartner zu finden und 1992 mit der Gründung der Stiftung Topographie des Terrors war viel, wenn auch nicht alles, an diesem Projekt getan. Seit 1990 war ein neues Arbeitsfeld dazu gekommen, das uns den Namen *Berliner Gedenktafelguerilla* einbrachte. Nach der Wende verschwanden in Ost-Berlin Gedenktafeln und andere Erinnerungszeichen an Verfolgte des Nationalsozialismus. Unsere Bestandsaufnahme zeigte, daß es recht wahllos geschah, es traf Kommunisten wie Nichtkommunisten, die DDR-Kunstbronze-Einheitstafel paßte für viele nicht mehr in die neue Zeit. Wir reagierten mit dem massenweisen Anbringen von Ersatzgedenktafeln, die zum Teil noch heute hängen. In der Hauptsache aber haben wir verloren. Jeder Hausbesitzer darf Gedenktafeln der DDR entfernen, wenn ihm der Sinn danach steht, denn die DDR hatte sich bekanntlich nicht um ihr Einverständnis bemüht, wie man es im Westen schon immer mußte. Im Westteil der Stadt hat unser Verein provisorische Gedenktafeln angebracht, wenn wir der Meinung waren: Hier fehlt eine. Ab und an gelang es, Bezirke und Hausbesitzer zu überzeugen und eine dauerhafte Tafel folgte der provisorischen.

Gedenkarbeit, sei es nun in der kleinen Form einer Gedenktafel oder im größeren Rahmen geht immer aus von dem authentischen historischen Ort. Wir begannen mit Projekten zu Exil und Emigration 1995 mit der Ausstellung *1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr nach Berlin* auf dem Gelände des Anhalter Bahnhofs, von dem so viele Flüchtlinge 1933 und in den Folgejahren abfuhr und auf dem einige von ihnen - so Bert Brecht - bei ihrer Rückkehr ankamen. Die Erinnerung an die etwa 10.000 Berlinerinnen und Berliner, die nach 1938 in Shanghai, dem letzten Ort auf Erden, den Flüchtlinge noch ohne Einreiseerlaubnis betreten durften, die Nazizeit überlebten, haben wir 1997 mit einer Ausstellung und anderen Veranstaltungen wiederbelebt. Eine Gedenktafel dazu steht im Eingangsbereich des Görlitzer Bahnhofs, auf dem am 21. August 1947 295 von ihnen nach Berlin zurückkehrten. Aber es gibt, von einigen Straßen in spät eingemeindeten Dörfern abgesehen, keine Straße und keinen Platz in Berlin, von dem aus niemand nach 1933 vor den Nazis fliehen mußte. So können wir heute im Bayerischen Viertel diese Ausstellung eröffnen und werden im Januar 2000 eine zum Exil in der Türkei im Hansaviertel zeigen, in der Akademie der Künste.

Aus allen Straßen Berlins sind Menschen vor Nazi-Verfolgung geflohen, wohin?



30. Mai 1999: Eröffnung der Exil-Ausstellung auf dem Bayrischen Platz, Photos: Jürgen Henschel



Im Jahre 1955 feierte die Zeitung *Aufbau* in New York, die Zeitung der deutschsprachigen Emigration, ihr 20-jähriges Jubiläum mit einem Artikel "5 Erdteile lesen den Aufbau". Da sehen wir, wohin die Menschen aus Berlin, Wien, Breslau, Frankfurt und Köln, aus Marktheidenfeld und Jülich, aus Rathenow und Neustrelitz gelangt waren. Zunächst Amerika: in den USA selbstverständlich die Ostküste hinunter und die Westküste hinauf. Keine Stadt fehlt, kein Städtchen, aber auch auf Farmen und in Landgemeinden gab es Abonnentinnen und Abonnenten. Von den US-Staaten lese ich ihnen die Liste von Oregon vor - wissen Sie, wo das liegt?

Portland, Baker, Camp White, Vanport, Eugenia, Midford, Salco. Nie gehört! Wahrscheinlich nicht. Wahrscheinlich aber ist: dort wohnten Menschen, die nach 1933 aus Berlin geflohen waren. Kanada: da: fehlt keine Stadt und so manche Landgemeinde ist genannt und so manches fahrende Postamt. Lateinamerika: ein Beispiel: Teguciapa, Belize, Conaguala. San Pedro, Mechita, - Orte in Honduras.

Afrika: da finden wir Lambarene in Französisch Äquatorialafrika und haben also Grund zu der Annahme, daß ein jüdischer Arzt aus Berlin oder Breslau bei Dr. Schweitzer im Hospital Arbeit gefunden hatte. In Bulawaja in Südrhodesien, in Hlatikuwu in Swaziland gab es Aufbau-Abonnenten. Ebenfalls für Kano in Nigeria weiß ich, wer dort den Aufbau las: die Familie Liebermann, entfernte Verwandte des großen Max. Asien: in Shanghai konnte 1955 niemand eine Zeitung aus New York abonnieren, aber ein paar der Flüchtlinge aus NS-Deutschland waren noch da und lebten prekär im kommunistischen China, unter ihnen ein früherer Schüler des Werner-Siemens-Gymnasiums in Schöneberg. Im übrigen Asien gibts Aufbau-Abonnenten in allen Großstädten. Israel - das gehört ja zu Asien, aber darüber muß nicht gesprochen werden; selbstverständlich lebten dort überall Menschen, die nach 1933 aus Deutschland eingewandert waren. Australien: da finde ich einen Ort wie Broken Hill oder Yvong King Cross. In Australien lebten 1955 nach den USA und Israel offensichtlich die meisten Leser. Europa: auch hier fehlt keine Stadt und kaum ein Städtchen der westlichen Länder - in die DDR und nach Osteuropa konnte die New Yorker Zeitung 1955 wohl kaum kommen und wenn ja, so war es keinesfalls geraten, das öffentlich zu machen. Eine Verbindung mit New York hätte die schlimmsten Schwierigkeiten gebracht. Das ist lange her.

Wir hier und heute sind all diesen Ländern dankbar, daß die halbe Million deutschsprachiger Flüchtlinge aus Mitteleuropa aufgenommen wurde. So konnten sie am Leben bleiben. Oder doch alle diejenigen, deren Zufluchtsländer nicht im Krieg unter Herrschaft der Deutschen gerieten.

Wir zeigen in dieser Ausstellung deutlich, daß nicht nur die Ausreise schwierig war, sondern auch die Suche nach einem Land, das die Einreise gestattete. Aber kein Mißverständnis! Wir haben doppelt kein Recht, den USA oder der Schweiz, Schweden oder Argentinien wegen ihrer Einwanderungshindernisse für die meist mittellosen Flüchtlinge Vorwürfe zu machen. Einmal, weil es ohne die deutsche Regierungspolitik gar keine Flüchtlinge gegeben hätte. Zum zweiten aber auch, weil unser neuer, unser demokratischer, unser vielgefeierter 50jähriger Staat auf diesem Gebiet, der Aufnahme von Flüchtlingen, in Europa zwar noch lange nicht der Schlimmste ist, aber doch des Ruhmes ermangelt.

Ja vor 50 Jahren: Da schrieben sie noch ohne Wenn und Aber ins Grundgesetz: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Das ist lange her.

Christiane Hoss

Zur Verfolgung von NS-Flüchtlingen im Ausland - Fritz Bauer und Stefan Heym

Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn - ab nächstem Jahr wieder in Berlin - ist in vielen Aktenbänden die Verfolgung von NS-Flüchtlingen im Ausland dokumentiert. Es gibt große Bestände *Deutsche Emigrantentätigkeit im Ausland*, in denen die Ergebnisse der Beobachtungen durch die deutschen Vertretungen in aller Welt festgehalten sind, die jeweiligen Lageberichte, in denen das auch vorkommt, die Akten zur Judenauswanderung, zur Auswanderung jüdischer Hochschullehrer, die Einzelberichte über Personen, die von vielen Institutionen des Dritten Reiches immer wieder über das Auswärtige Amt von den Auslandsvertretungen angefordert wurden. Aber es war nicht nur der Zweck des Ganzen, die Emigranten und ihre eventuellen *deutschfeindlichen* Tätigkeiten zu beobachten, sondern auch, Material gegen sie zu sammeln. Bereits 1933 war ein Ausbürgerungsgesetz vom Kabinett Hitler beschlossen worden, nach dem Deutsche ausgebürgert werden konnten, wenn sie sich seit dem 30.1.1933 im Ausland aufhielten und *durch ihr Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben*. Ausgebürgerte verloren den Paß und wurden staatenlos. Vermögenseinziehung und Erstreckung auf Familienangehörige war möglich, später zwingende Folge der Ausbürgerung. Es gab kein Rechtsmittel, die Ausbürgerung galt ab Veröffentlichung, danach nahmen die Auslandsvertretungen den Ausgebürgerten die Pässe ab. Bis 1945 wurden 39.006 Personen auf diese Weise ihrer Staatsangehörigkeit beraubt. Im Krieg wurde den beteiligten Behörden (Innenministerium, Auswärtiges Amt, Gestapo bzw. Reichssicherheitshauptamt) der Einzelfallnachweis *deutschfeindlicher* Tätigkeit, wie fingiert auch immer, bei Menschen, die nach NS-Auffassung Juden waren, bald lästig. Nach längeren Verhandlungen darüber, wie zu verfahren sei, um das gewünschte Ziel zu erreichen, wurden am 25.11.1941 alle im Ausland lebenden *Reichsangehörigen* ausgebürgert, die im Sinne der Nationalsozialisten *Volljuden* waren. Etwa 250.000 - 280.000 Personen wurden so staatenlos und ihres Vermögens beraubt.

Das Thema der Verfolgung der Flüchtlinge aus dem Dritten Reich im Ausland wird in unserer Ausstellung *Haymatloz - Exil in der Türkei* wichtig sein. Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes befinden sich aus dieser Zeit mehrere hundert Bände Akten betreffend Ausbürgerungen. Ich habe viele davon und auch andere Bestände zur Vorbereitung der Ausstellung durchgesehen. Ein paar Vorgänge, die nichts mit Exil in der Türkei zu tun haben, habe ich mitkopiert und möchte sie in diesem Rundbrief dokumentieren. Es sind jeweils nur die Blätter, die inhaltlich wichtig sind, Begleitbriefe zu Aktenübersendungen von einer Stelle zur anderen oder Vermerke, wer die Akte gesehen hat, sind nicht mitkopiert. Die Berichte zu Stefan Heym sind im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes zu finden in R 99588 (Fiche 6085) *Deutsche Emigrantentätigkeit im Ausland*, die zu Fritz Bauer in R 100004, Ausbürgerungen.

Fritz Bauer, 1903 in Stuttgart geboren, Jurist, war Amtsrichter in Stuttgart, Mitglied der SPD, des Republikanischen Richterbundes und des Reichsbanners. 1933 war er im Konzentrationslager Heuberg inhaftiert und wurde aus dem Richteramt entlassen. Nach seiner Emigration nach Dänemark arbeitete er dort als Vertreter deutscher Textilfirmen. Am 23.9.1938 wurde er ausgebürgert. 1943 gelang ihm die Flucht nach Schweden, dort war er Mitglied der SOPADE. 1945 kehrte er nach Dänemark zurück, 1949 nach Deutschland. Dort arbeitete er wieder als Richter und später Generalstaatsanwalt in Braunschweig und Frankfurt. In Braunschweig gelang es ihm im

Remer-Prozeß erstmalig von einem Gericht feststellen zu lassen, daß der NS-Staat ein Unrechtsstaat war, so daß Widerstand gegen ihn rechtmäßig und geboten war und nicht Hochverrat. In Frankfurt war er federführend bei den Anklagen in NS-Prozessen, nicht nur beim Auschwitz-Prozeß, sondern auch bei Ermittlungen gegen die Hauptverantwortlichen für die Krankenmorde.

Stefan Heym ist ein Autorennamen, der seinen Zweck erreichte, denn wer sich darunter verbarg, haben Auslandsvertretungen des Deutschen Reiches in den USA nicht herausfinden können. Er floh 1933 vor drohender Verhaftung in die Tschechoslowakei, 1935 erhielt er einen Studienplatz in Chicago und emigrierte in die USA. 1937-39 gab er dort das *Deutsche Volksecho* heraus, ab 1943 war er in der US-Army und arbeitete bei der psychologischen Kriegsführung, seit 1945 in Europa als Herausgeber von Zeitungen, erst zur Aufklärung für deutsche Soldaten, dann verschiedene neu entstehende für die deutsche Bevölkerung. 1953 gab er seine amerikanischen Auszeichnungen zurück und übersiedelte in die DDR. Seine weitere Geschichte und seine Bücher sind bekannt.

Christiane Hoss

Heym

DEUTSCHES GENERALKONSULAT
SAN FRANCISCO CALIF

24. Februar 1937

II 28a

DURCHDRUCK

4 Durchschläge
1 Anlage (Original und
4 Abschriften)

Der Schriftleitung des deutschen Wochen-
blattes "California Journal" in San Francisco ist
das anliegende Schreiben der Redaktion des "Deutschen
Volks-Echo" in New York zugegangen.

gen. Ponschab

An die

Deutsche Botschaft,
Washington, D.C.

175-83-25 4/3 32

Heym

Abschrift

DEUTSCHES VOLKES-ECHO
 Deutsch-amerikanische Wochenzeitung
 German-American Weekly

Cable Address
 "Devo" New York

5 Beekman Street,
 New York City,
 REctor 2-2428

An die Redaktion

Sehr geehrte Herren:

"Deutsches VolksEcho", das am 17. Februar 1937 zum ersten Mal veröffentlicht wird, ist ein liberales deutsch-amerikanisches Wochenblatt. Es hat seine Korrespondenten und Mitarbeiter in Amerika und Europa. Aus leicht verständlichen Gründen können wir die Namen unserer Korrespondenten in Deutschland nicht geben; aber aus der Reihe unserer anderen hervorragenden Mitarbeiter möchten wir nennen:

Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger
 Dr. Bruno Frei (früher "Berlin am Morgen")
 Rudolf Olden (früher Berliner Tageblatt)
 Professor Konrad Heiden, Sgon Erwin Kisch,
 Ludwig Renn. /

Durch unparteiische Berichte wird "Deutsches VolksEcho" versuchen, ein wahrheitsgetrautes Bild der Lage in Deutschland, in Europa und in der Welt im Allgemeinen zu geben. Die Zeitung wird reich illustriert sein. Frauen-, Jugend-, Sport-, Kultur-, und Feuilletonseiten werden der Zeitung ein ausserordentlich lebhaftes Gesicht geben, und die deutsch-amerikanische Bevölkerung über die wichtigsten Gebiete des Lebens informieren.

Wir möchten mit Ihrem Blatt freundschaftlich zusammenarbeiten. Wir werden Ihnen regelmässig ein Exemplar des "VolksEcho" zusenden in Austausch für die letzte Ausgabe (oder Ausgaben) Ihrer Zeitung.

Artikel aus dem "VolksEcho" können von Ihnen nachgedruckt werden unter der Bedingung, dass der Name "Deutsches VolksEcho" erwähnt wird.

Hochachtungsvoll

gez.

Unterschrift
 Redaktion
 Deutsches VolksEcho

el
 lolg

Heym

eing. 3. NOV. 1937
 P. 2346
 Betrifft: Neue deutschfeindliche Zeitung
 "Deutsches Volksecho".

- 4 Durchschlaege -
 - 2 Zeitungen -

Empf. 18. MRZ. 1937
 Durchschl. 2mal

Am 17. Februar d. J. wurde ueber die Rundfunkstation WBNX von einem gewissen Stefan Heym angekuendigt, dass eine neue deutschsprachige Zeitung "Deutsches Volksecho" herausgegeben werde. Er wies weiter darauf hin, dass die neue Zeitung in saemtlichen Laendern Korrespondenten habe und u.a. auch das alleinige Copyright der Erlebnisse des amerikanischen Seemannes Lawrence Simpson waehrend seines Aufenthaltes in Deutschland besitze. Im Laufe dieser Ankuendigung sprach er in gehaessigem und teilweise ironischem Tone ueber das Neue Deutschland.

Seitdem sind die anliegenden beiden ersten Nummern der neuen Zeitung erschienen. Es faellt auf, dass bei der Nummerierung dieser beiden ersten Nummern hinter Vol. I in Klammern XI vermerkt ist, was darauf hinzuweisen scheint, dass es sich bei dieser neuen Zeitung entweder um die Fortsetzung oder das Wiedererscheinen einer anderen Zeitung handelt. Bisher hat noch nicht ermittelt werden koennen, um welche Zeitung es sich dabei handeln koennte.

Die Zeitung erscheint woechentlich. Herausgeber ist die "Deutsches Volksecho Publishing Company, Inc.", 5 Beekman Street, New York, N.Y. Schriftleiter ist

An das

Auswaertige Amt

Berlin

- 2 -

18.3.37
 18.3.37
 14-16 Simpson

Heym

der eingangs erwachte Stefan Heym. Als Advertising Manager wirkt ein gewisser Ernest G. Simon.

In einer kurzen Notiz, die in dem kommunistischen "Sunday Worker" erschien, ist gesagt, dass zu den Personenlichkeiten, die die neue Zeitung ins Leben gerufen haben, die bekannten deutschen Emigranten Dr. Kurt Rosenfeld und Professor Alfons Goldschmidt gehoeren. Im uebrigen zeigen die beiden ersten Nummern, dass sich als Mitarbeiter oder in anderer Form (z.B. Glueckwunsche) so ziemlich alles zusammengefunden hat, was gegen das heutige Deutschland hetzt. Ich brauche nur die Namen Henry Smith Leiper, George Gordon Battle, Rudolf Breda, Georg Bernhard, Pierre van Paassen zu erwahnen. In den beiden ersten Nummern ist auch bereits der Anfang der angekuendigten Veroeffentlichung ueber die Erlebnisse des amerikanischen Seemannes Simpson unter dem Titel "18 Monate im Konzentrationslager" enthalten.

Es wird versucht werden, noch Weiteres ueber die Hintergruende dieser Neugruendung zu ermitteln.

Die Botschaft in Washington erhaelt Durchschlag dieses Berichts nebst den Zeitungen.

Simon

L

Heym

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt

Berlin SW 11, den 26. Juni 1937.
Dresdner-Strasse 8
Telefon: 12 000

B.Nr.: II B 3 - 1896 E.

Bitte in der Antwort vollständiges Schreibsystem und Datum angeben.

Auswärtiges Amt
93-75 26 Heym
am 29. 6. 1937
- 3 -

An das
Auswärtige Amt
in Berlin.

Betrifft: Den Emigranten Stefan H e y m .

Bezug: Das nach dort gerichtete Schreiben des Deutschen Generalkonsulats in New York vom 5.3.1937 - II 5 b - 4. *bei Besse*

Anlagen: 3 Durchschläge.

Der Schriftsteller Stefan H e y m ist hier wiederholt wegen seiner schriftstellerischen deutschfeindlichen Tätigkeit in Erscheinung getreten, ohne dass seine näheren Personalien festgestellt werden konnten.

Ich bitte daher, durch das Deutsche Generalkonsulat in New York in dieser Richtung Ermittlungen einleiten zu lassen und mir von deren Ergebnis Kenntnis zu geben. Stefan H e y m soll Herausgeber der in deutscher Sprache erscheinenden Zeitschrift "Deutsches Volksecho" Publishing Co., Inc. 5 Beekman Street, New York, sein. Im Ermittlungsfalle wäre ich weiterhin für eine Mitteilung dankbar, ob Heym verheiratet ist und Kinder aus der Ehe hervorgegangen sind. Nach Möglichkeit bitte ich,

Hg. Kreis...
Wichtig bei P
verfolgen mit der Bitte
gibt Befragung der näheren
Personen Schrift mit New York
Stefan H. 23. 7. 37

[Handwritten signature]

93 75

Heym

1940

mir die Personalien, Staats- und Rassezugehörigkeit
des Stefan Heym und seiner Familienangehörigen mit-
zuteilen.

Im Auftrage:
gez. Lischka.



Beiglaubigt:
[Signature]
[Name]

Heym

Deutsches Gestaltkonfulat

Gestaltkonf. vom 15. Oktober 1938

Tab. Nr. II-5-6

Auswärtiges Amt

eing. 26. OKT. 1947

Hilf. K. Dep. I.

Auf den Erlass vom 10. Juli ds. Js.
- Nr. 83-75 26/6. Heym

Betrifft: Stefan Heym

- 4 Durchschläge -

83-75 1938
1

Die Versuche, etwas Näheres über die Personalien, Familienverhältnisse und Staats- und Rassezugehörigkeit des Herausgebers der Zeitung "Deutsches Volksecho", Stefan Heym, in Erfahrung zu bringen, sind bisher leider ohne Erfolg gewesen. Die Bemühungen werden fortgesetzt.

Stefan Heym

An das

Auswärtige Amt

Berlin.

P

Heym

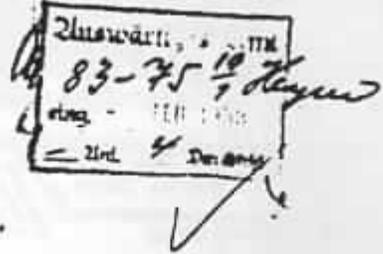
Deutsches Generalkonsulat

New York, den 19. Januar 1938.

Tgb. Nr. II, 5b

Betrifft: Stefan H e y m .Im Anschluss an den Bericht
vom 15. Oktober v. Js.
-II, 5b-

4 Durchschläge-



Das "Deutsche Volksecho", das als Nachfolger der nicht mehr erscheinenden Zeitung "Der Arbeiter" angesehen werden kann, ist -wie letztgenannte Zeitung es war- kommunistisch eingestellt. Zwischen diesem Blatt und der sozialistischen "Neuen Volkszeitung" ist, obwohl sie beide in ihrem Kampf gegen das Neue Deutschland einig sind, ein erheblicher Streit ausgebrochen. Vor kurzem brachte die "Neue Volkszeitung" in ihrer Ausgabe vom 4. Dezember v. Js. einen längeren Leitartikel, der gegen das "Deutsche Volksecho" gerichtet war. In diesem Artikel wird Stefan H e y m als Mitglied der kommunistischen Partei bezeichnet, und gleichzeitig ist erwähnt, dass dieser Name gar nicht sein richtiger Name sei; er heiße vielmehr Wilhelm Weber.

Das Generalkonsulat wird versuchen, auf Grundlage dieser neuen Wendung weitere Ermittlungen über die Personalien, Familienverhältnisse, sowie Staats- und Rassezugehörigkeit dieses Mannes festzustellen und, falls diese ein Ergebnis haben sollten, auf die Sache zurückkommen.

An das
Auswärtige Amt
B e r l i n .

Finanzi.

H. M.

83-75

A b s c h r i f t.

GEHEIME STAATSPOLIZEI

Geheimes Staatspolizeiamt

Berlin SW.11, den 7. Mai 1937.

II B3-B.1761-P.

Schnellbrief.

An die Deutsche Gesandtschaft
Kopenhagen.Betr. Passache Fritz Max B a u e r (16.7.03 in
Stuttgart geboren)

Bezug: Schreiben v. 17. III. 37. K.A. Pass. 37.

Anlg.; Olme.

Der jüdische Emigrant B a u e r besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit. Er war Mitglied der ehemaligen SPD. und juristischer Berater des Reichsausschusses. Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde Bauer als Amtsrichter entlassen. Nach der Machtergreifung hetzte Bauer in der übersten Weise gegen das Deutsche Reich und seine Einrichtungen. Wegen seiner staatsfeindlichen Betätigung musste er im März 1933 in Schutzhaft genommen werden, aus der er im November 1933 wieder entlassen wurde.

Im Hinblick auf das politische Vorleben des Bauer ist anzunehmen, dass er auch im Auslande sein deutschfeindliches Treiben unvermindert fortsetzt. Ich beabsichtige daher gegen Bauer ein Ausbürgerungsverfahren einzuleiten, von dessen Ausgang ich zu gegebener Zeit Mitteilung machen werde.

Die Entscheidung über den Passantrag bitte ich vor
15. Mai

Bauer

häufig auszusetzen. Sollte zwischenzeitlich die Gefahr
 bestehen, dass Bauer mangels ausreichender Ausweispapiere
 in das Reichsgebiet geschoben wird, habe ich zu Vermeidung
 einer unerwünschten Rückkehr gegen die Erteilung eines
 auf 3 Monate befristeten Passes nichts einzuwenden.

Ich bitte ergebenst, mich von den getroffenen
 Entscheidung in Kenntnis zu setzen.

In Auftrage
 (Unterschrift).

Dr. Fr.
 Kopen
 Dem
 deuts
 Kopen

Abschrift.

Dr. Fritz Bauer,
Kopenhagen-S.Maltagade 8.

2. Juni 1937.

Dem
deutschen Konsulat
Kopenhagen.

Nachdem das Konsulat mir eröffnet hat, dass einer Ausstellung eines neuen Reisepasses meine politische Arbeit gegen den Nationalsozialismus vor und nach seiner Machergreifung entgegenstehe, erlaube ich mir, mit der Bitte um erneute Nachprüfung meines Gesuchs folgendes vorzutragen:

Ich benötige den Pass zur Ausübung der bereits früher geschilderten Reisetätigkeit für deutsche Firmen in Schweden, Norwegen und Finnland. Dänemark gibt, wie dem Konsulat gewiss bekannt ist, keine Arbeitserlaubnis für das Land Dänemark selbst, auch nicht für eine Reisetätigkeit, es sei denn, dass der Ausländer über Spezialkenntnisse verfügt, die im Lande anderweitig nicht zu finden sind. Da ich als Jurist diese Spezialkenntnisse nicht habe, bin ich gezwungen, meinen Lebensunterhalt durch eine kaufmännische Reisetätigkeit ausserhalb des Landes Dänemark zu verdienen. Mit Rücksicht hierauf, habe ich die Vertretung deutscher Firmen übernommen und ich glaube, die übernommene Aufgabe auch mit wachsendem Erfolg durchführen zu können. Unter der Voraussetzung einer Arbeit ausserhalb des Landes ist auch Dänemark mit einer blossen Wohnsitznahme in Dänemark einverstanden. Ich möchte annehmen, dass meine politische Arbeit vor der nationalsozialistischen Machergreifung keiner erneuten Stellungnahme bedarf, nach-

dem mir bei der Entlassung aus der Schutzhaft im November 1933 mein bei den Effekten des Schutzhaftlagers verwahrter Reisepass vorbehaltlos ausgehändigt wurde, so dass ich glaube, dass jedenfalls damals gegen den Besitz eines Reisepasses keine Einwendungen vorgelegt haben. Ich möchte deswegen schliessen, dass der Nachdruck auf dem Vorwurf liegt, ich hätte nach der Entlassung aus der Schutzhaft mich weiterhin politisch gegen den Nationalsozialismus betätigt. Ich hatte nach der Machtergreifung bis zu meiner Schutzhaftnahme Ende März Gelegenheit, ohne Schwierigkeiten in das Ausland zu emigrieren; ich habe diese Gelegenheit nicht benützt. Ich hatte auch nach meiner Entlassung aus der Schutzhaft Gelegenheit, Deutschland ohne Schwierigkeiten zu verlassen. Ich habe dies nicht getan, in Uebereinstimmung mit einer Erklärung vom Herbst 1933, in Deutschland den Aufbau einer neuen Existenz versuchen zu wollen, solange dazu Gelegenheit gegeben sei. Die ursprünglich vorgesehene tägliche Meldung bei der Polizei wurde m.W.noch im Dezember 1933 aufgehoben. Ich habe mich bis März 1936 fast ausnahmslos in Stuttgart aufgehalten, wo ich gemeldet und jederzeit erreichbar war. Ich habe ständig im Geschäft meines Vaters kaufmännisch gearbeitet. Ich habe nichts getan oder veranlasst, was den nunmehrigen Vorwurf einer illegalen Arbeit gegen das Dritte Reich veranlassen könnte. Damit übereinstimmend ist auch, abgesehen von einer kurzen Durchsuchung am 29. Juni 1934 in den Räumen der politischen Polizei Stuttgarts, die mit einer sofortigen Freigabe endete, in diesen Jahren einer ununterbrochenen Wohnsitznahme in Stuttgart

und

und Arbeit in Stuttgart seitens der Behörden nichts geschehen, was auf einen Verdacht oder einen Vorwurf in der nunmehrigen Richtung hätte schliessen lassen. Damit übereinstimmend war ich auch im ununterbrochenen Besitz meines Passes, den ich beispielsweise auch bei der ebenerwähnten Durchsuchung wie üblich in meiner Briefftasche bei mir führte. Erst aus der Ausgliederung der Juden aus dem deutschen Volk, wie sie ihren Ausdruck in der Nürnberger Gesetzgebung fand, habe ich die auch von den massgebenden Stellen des Reiches gewünschte Konsequenz einer Auswanderung gezogen. Ich habe mich Ende 1935 und anfangs 1936 informativ hier in Dänemark aufgehalten und bin endgültig Mitte März 1936 hierher gereist. Nach Erhalt meiner Wohnsitzgenehmigung für Kopenhagen im November 1936 habe ich mich in Stuttgart bei Polizei, Wehrbezirkskommando usw. ordnungsgemäss angemeldet.

Man wird mir als einem Juden kein Bekenntnis zu einem antisemitischen Nationalsozialismus erwarten; man hat es gewiss auch noch nie verlangt. Ich habe mich in Deutschland des Dritten Reiches von jeder politischen Tätigkeit völlig ferngehalten; in Skandinavien gilt, ein nunmehriges Bestreben einzig und allein dem Aufbau einer neuen Existenz fern aller Politik. Gewiss erfolgt meine Auslandsvertretertätigkeit im Interesse meiner Existenz, aber es handelt sich doch um eine vorteilsfreie Vertretung deutscher Firmen, die ganz bestimmt nichts mit einem Boykott deutscher Waren oder dgl. zu tun hat und doch gewiss erkennen lässt, dass mir eine Animosität, Gehässigkeit u.dgl. fernliegt.

Das Ergebnis der Entscheidung der Geheimen Staatspolizei ist, dass ich zu einem Aufenthalt in Dänemark gezwungen bin ohne arbeiten zu dürfen. Ich darf unterstellen, dass dies nicht die Absicht der Entscheidung war, da die Geheime Staatspolizei

zei

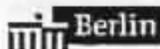
Bauer

zei sicher der Wahl meines Aufenthaltsortes ausserhalb Deutschland völlig neutral gegenübersteht, also nicht daran interessiert ist, dass ich auf unabsehbare Zeit gerade in Dänemark mich ohne Arbeitsmöglichkeit aufhalte. Wenn ich die Entscheidung richtig verstehe, so enthält sie die Verweigerung der Passausstellung mit Rücksicht auf die Unerwünschtheit meiner etwaigen Rückkehr nach Deutschland. Ich bin aber bereit, mich jeder Auflage in dieser Richtung zu unterwerfen, also namentlich etwa das Versprechen abzugeben, weder dauernd noch vorübergehend nach Deutschland zurückzukehren.

gez. Dr. Fritz Bauer.

Zum aktuellen Stand der Arbeiten am Dokumentations- und Besucherzentrum der Stiftung Topographie des Terrors reproduzieren wir die Erklärung des Internationalen Beirats der Stiftung Topographie des Terrors sowie zwei neuere Zeitungsartikel, die aus Anlaß des 2. Tages der Zeitgeschichte (18./19.9.1999) erschienen sind.

Stiftung Topographie des Terrors



Rechtliche Stiftung des öffentlichen Rechts
 Busapscher Straße 40 • D-10787 Berlin
 ☎ (030) 25 45 00-0 • Fax (030) 261 30 02

Gedenkstättenreferat ☎ (030) 25 45 00-15

Ausstellung und Dokumentation
 Stresemannstraße 110 • D-10963 Berlin
 Bonn ☎ (030) 254 86-703 • Fax (030) 262 71 56

Erklärung des Internationalen Beirats der Stiftung Topographie des Terrors zum Stand und den Problemen des Neubaus

Der Internationale Beirat hat in seiner Sitzung vom 26. Mai 1999 über den derzeitigen Stand des Neubaus der Stiftung Topographie des Terrors und über die damit verbundenen Probleme beraten. Dabei bestand über die folgenden Punkte Einvernehmen:

1. Der Internationale Beirat begrüßt nachdrücklich die insgesamt außerordentlich positive Entwicklung des Projekts „Topographie des Terrors“. Er ist davon überzeugt, daß die „Topographie des Terrors“ mit der Fertigstellung des Dokumentations- und Besucherzentrums der zentrale Ausstellungs- und Dokumentationsort für die Verbrechen des Nationalsozialismus in der Hauptstadt Berlin sein wird. Nach Auffassung des Beirats ist nicht zuletzt in den aktuellen Diskussionen über das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ deutlich geworden, daß der „Topographie des Terrors“ als eines Ortes der historisch-politischen Aufklärung über die NS-Zeit und ihre Verbrechen ein herausragender Stellenwert zukommt.
2. Der Internationale Beirat betrachtet den gegenwärtigen Stand der Bauarbeiten für das Dokumentations- und Besucherzentrum der Stiftung mit großer Sorge. Das betrifft insbesondere den höchst ungewöhnlichen Tatbestand, daß für die Durchführung der Bauarbeiten an einer zentralen Institution des deutschen Gedächtnisses zur Zeit kein verbindlicher Zeitplan existiert. Es betrifft darüber hinaus die Gefahr, daß die Architektur in der Ausführung so sehr die Inhalte des Projekts dominiert, daß die Nutzungsfunktionen in unzulässiger Weise eingeschränkt werden.

3. In den folgenden Punkten hält der Internationale Beirat Entscheidungen im Sinne der Stiftung Topographie des Terrors für unverzichtbar und dringend:
 - 3.1. Die Aufstellung eines verbindlichen Zeitplans für die Errichtung des Gebäudes muß unverzüglich, d.h. in den nächsten Wochen und in jedem Falle vor der Sommerpause, erfolgen.
 - 3.2. Das Erdgeschoß muß technisch so ausgelegt sein, daß eine Festlegung auf eine einzige Form der Dauerausstellungen und der Gestaltung des Foyers unterbleibt und unterschiedliche Formen der Präsentation möglich sind.
 - 3.3. Im Erdgeschoß ist ein fester Bodenbelag unverzichtbar, der vom Architekten vorgesehene lose Kies dagegen nicht akzeptabel.
 - 3.4. Der Vortrags- und Kinosaal im ersten Obergeschoß bedarf um seiner Funktionsfähigkeit willen unbedingt einer ansteigenden Bestuhlung.
 - 3.5. Im zweiten Obergeschoß ist die Einrichtung geschlossener Arbeitsräume im Interesse der Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter der Stiftung unerlässlich.

4. Der Internationale Beirat unterstützt mit Nachdruck die Erhaltung des Baudenkmals „Berliner Mauer“ an der Niederkirchnerstraße und die Einbeziehung der Reste der Mauer in die Gestaltung des Gesamtgeländes der „Topographie des Terrors“. Die vom Architekten durch die Einzäunung des Geländes südlich der Mauer vorgesehene sichtbare Ausgrenzung des Denkmals wird entschieden abgelehnt.

Der Vorsitzende des Internationalen Beirats wird gebeten, diese Erklärung dem Regierenden Bürgermeister sowie den zuständigen Fachsenatoren für Wissenschaft, Forschung und Kultur bzw. Bauen, Wohnen und Verkehr zuzustellen.

Architekt quält Topographie des Terrors

12.31

■ Die Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ an der Wilhelmstraße droht später fertig und teuer zu werden als geplant. Fundament des ehrgeizigen Neubaus zerstört Spuren aus der Nazizeit, die erhalten bleiben sollten

Die im Bau befindliche Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ könnte mehr kosten und später fertig werden, als bisher geplant. Klaus Hesse, Mitbegründer der provisorischen Ausstellung und Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung „Topographie des Terrors“, sagte gestern, er gehe davon aus, dass die Kosten für die

Gedenkstätte von den anvisierten 45 Millionen auf etwa 60 Millionen Mark steigen könnten. Außerdem sei kaum damit zu rechnen, dass der ambitionierte Bau des Schweizer Architekten Peter Zumthor für das geplante Ausstellungs- und Dokumentationszentrum schon nächstes Jahr, wie vorher gesehen, fertiggestellt werde.

Die Mehrkosten resultierten unter anderem daher, dass der Architekt ungewöhnlich hohe Ansprüche an die Betonkonstruktion habe. Mehrere Materialvorschlüsse der beauftragten Baufirma habe Zumthor abgelehnt. Hinzu komme, dass die vorgegebene Stelenkonstruktion bisher nur bei Holzüberführung, ob dies auch mit Beton Klippe, habe nach der Entscheidung für den Entwurf Zumthor etwa ein Jahr gedauert. Schon jetzt, so Hesse, habe die Stiftung auf viele Projekte, etwa ein ursprünglich geplantes Begegnungszentrum auf dem Gelände der Terrororgansatzen des „Dritten Reiches“, verzichten

müssen. Wegen Geldmangels sei man auch gezwungen, in der geplanten Ausstellung keine Exponate aus brennbarem Material, etwa Holz, zu verwenden. Dazu bräuhche man zu teures, feuerfestes Glas. Hesse beklagte weiter, dass das Konzept des Neubaus zwar vorsehe, die Spuren aus der Nazizeit auf dem Prinz-Albrecht-Gelände zu erhalten. Es würden aber viele Fundamente auf dem Bruchgelände durch das Fundament des Zumthor-Baus verdeckt. Eine Integration in das Gebäude schaltete oft daran, dass dies zu teuer wäre.

Die „Topographie des Terrors“ ist vor allem auf Drängen von Bürgerinitiativen Mitte der 80er Jahre entstanden. In einem provisorischen Pavillon wurde 1987 eine Ausstellung installiert, auf die zwei Jahre später ein Brandanschlag verübt wurde. Die anschließend aufgestellten Stellwände sind seitdem nur noch „open air“ auf dem Gelände zu beobachten. 1995 wurde der Grundstein für den Zumthor-Bau gelegt, 1996 verhängte der Senat aus Geldknappheit kurzfristig einen Baustopp. Schon jetzt sei klar, so Hesse, dass die „Topographie“-Stiftung für ihre Ausstellung im neuen Gebäude lediglich 600 Quadratmeter Fläche zur Verfügung haben werde – nicht mehr als im früheren Pavillon.

Phillipp Geseler
Siehe Seite 20



Die Tageszeitung, 20. September 1999

Gedenkstätte erst ein Jahr später fertig

„Topographie des Terrors“ wahrscheinlich 10 Millionen Mark teurer – Probleme beim Bau

Von **Ulke Dannenbaum**

Die geplante Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ auf dem früheren Gestapo-Gelände an der Wilhelmstraße in Kreuzberg wird voraussichtlich um rund zehn Millionen Mark teurer, die Bauzeit verzögert sich wahrscheinlich um ein Jahr. Technische Schwierigkeiten, Verhandlungen mit finanziell leistungsfähigen Mietraufwand – machen den be-

teiligten Baufirmen und dem zuständigen Schweizer Architekturbüro schwer zu schaffen.

Bereits 1993 gewann der Schweizer Architekt Peter Zumthor einen ausgeschriebenen Wettbewerb. Aber schon zwei Mal verzögerte sich das 45-Millionen-Projekt aus Geldmangel. Eine Besonderheit des 120 Meter langen Gebäudes sind alle Wände, auf bis zu 20 Meter hohen Säulen – jeweils

nur 26 Zentimeter dick. Sie ergeben innerlich eine Gesamtlänge von 47 Kilometern.

Der Projektleiter des Architekturbüros Zumthor, Rainer Weltesch: „Wir haben uns bewußt für weißen Beton entschieden.“ Begründung: Die helle Pigmentierung mache den Charakter des Gebäudes deutlich, außerdem habe das Material Wasser, abwehrende Eigenschaften.

Ein Umdenken, das zu Buche schlägt. Die bauausführenden Firmen rechnen mit zusätzlichen Kosten, sie drängen auf Nachbesserungen ihrer Verträge. Zur Zeit wird darüber mit Bau- und Wirtschaftsspezialisten der zuständigen Senatverwaltung verhandelt. Die Sprecherin der Senatshauptverwaltung Petra Reetz: „In drei bis vier Wochen, rechnen wir mit Ergebnissen.“

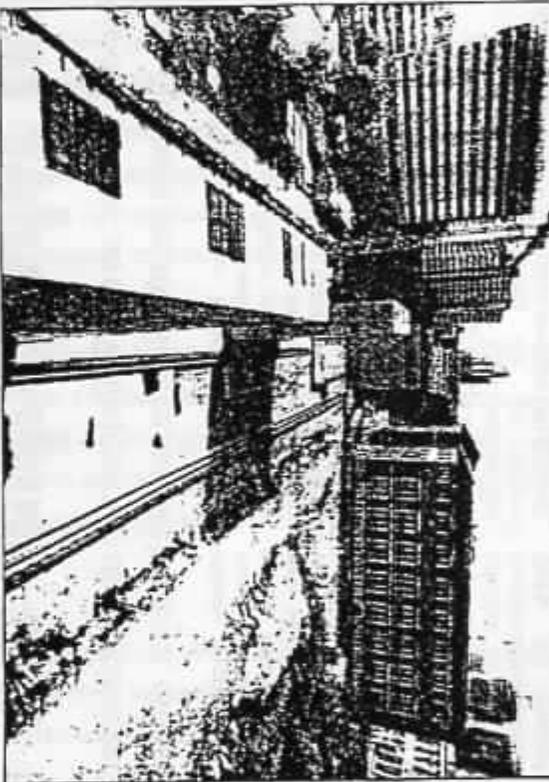
Da dann aber schon Herbst wäre, könnten die Säulen erst im Frühjahr – nach der winterlichen Frostperiode – aufgestellt werden. „Da ist eine fast einjährige Verspätung durchaus denkbar“, so der wissenschaftliche Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, Professor Reinhard Rührup.

Der Historiker betont zugleich, dass es „auf keinen Fall eine Reduzierung der geplanten Ausstellungsflächen geben werde“. Auch sei garantiert, dass die historische Substanz unbeschadet bleibe.

Das Gelände war einst Zentrale des NS-Terrors. Hier hatte der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, seinen Sitz, etablierte er seinen Sicherheitsdienst und die Geheime Staatspolizei – In den Kellerräumen wurden Gefangene verhört und gefoltert.



Wettbewerbsgewinner: Architekt Peter Zumthor. Foto: Schulz



Mit den Bauarbeiten wurde bereits begonnen: Das ehemalige Gestapogelände an der Kreuzberger Wilhelmstraße. Foto: milney

Berliner Morgenpost, 21. September 1999

'Wollt Ihr wirklich Thomas Mann wiederhaben?'

Jost Hermand und Wigand Lange ist die Veröffentlichung eines erschütternden Dokumentes zu verdanken: den Umfrage-Ergebnissen der amerikanischen Militärregierung zur Rückkehr der Emigranten aus dem Jahre 1947.

Den Hintergrund dieser Umfrage die in den Städten Würzburg, Augsburg, München, Nürnberg, Landshut, Amberg, Weiden und Regensburg unter Deutschen verschiedener Berufe und Stellungen - aber auch unterschiedlicher Erfahrungen zwischen 1933 und 1945 - durchgeführt wurde, bildete die sich wandelnde Deutschland-Politik der amerikanischen Regierung vom Morgenthau-Plan zur Reeducation, die Jost Hermand in seiner Einleitung referiert.

In der Person des Schriftstellers Thomas Mann sah die US-Administration eine Schlüsselfigur, um die Stimmungslage in der deutschen Bevölkerung zu testen. In seinen Radiosendungen an "Deutsche Hörer!" im BBC hatte sich Mann 1945 für eine harte Bestrafung der Deutschen ausgesprochen. Eine Rückkehr lehnte er im Oktober 1945 kategorisch ab - das "Herzasthma des Exils" lastete zu sehr auf ihm. Den Hintergrund der Stimmungslage unter den deutschen Intellektuellen gegenüber den Emigranten bildete die "große Kontroverse" Thomas Manns mit Vertretern der Inneren Emigration denen er vorhielt, daß alle zwischen 1933 und 1945 in Deutschland publizierten literarischen Werke wertlos seien. Sie verwahrten sich gegen Kritik von den "Logen- und Parterreplätzen des Auslandes", da den Emigranten das Verständnis für die Lage in Deutschland fehle.

Befragt wurden von der US-Administration eingesetzte Kulturfunktionäre: Zeitungsredakteure, Kirchenvertreter, Mitglieder unterschiedlicher Parteien, Schriftsteller, Bühnenkünstler, Komponisten. Die Meinung zur Frage, ob von der Rückkehr Thomas Manns und anderer Emigranten ein Beitrag zum demokratischen und kulturellen Aufbau Deutschlands zu erwarten sei, und ob sie daher eine herausgehobene Stellung einnehmen sollten ist von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen - einhellige Ablehnung: "Manns durch menschliche und künstlerische Artung (sic) bedingte Verständnislosigkeit gegenüber der geistigen seelischen und materiellen Lage des deutschen Volkes ist durch seine letzten Äußerungen zur Instinktilosigkeit gesteigert worden" - schreibt der Vorsitzende der CSU Schwaben, Harribald Rindt. Der Komponist Carl Orff zu Thomas Mann: "Wenn er nicht herkommen will - ich brauche ihn nicht." Und Weihbischof Eberle aus Augsburg urteilt über Thomas Mann: "Ich verurteile entschieden, daß er unfreundschaftlich gegen Deutschland eingestellt ist." Zu den wenigen, die sich für die Rückkehr aussprechen, gehören Karl Amadeus Hartmann und Erich Kästner - und die befragten westdeutschen KPD-Mitglieder: sie hatten vermutlich das Vorbild der Rückrufungspolitik der SBZ vor Augen.

Der größte Teil des Buches besteht aus der Wiedergabe der Dokumente - und hier ist bei allem Lob für die kommentierte Herausgabe Kritik angebracht: Das Layout suggeriert mit der - extra auf alt gemachten - Schreibmaschinen-Typologie den Charakter eines Reprints. Das ist jedoch nicht der Fall: die Texte sind im Original in englisch verfaßt und für die Publikation übersetzt!

Christine Fischer-Defoy

Jost Hermand / Wigand Lange (Hrsg.): "Wollt Ihr wirklich Thomas Mann wiederhaben?" - Deutschland und die Emigranten, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1999

Tödliche Worte - gehütetes Geheimnis

Leistner ist Mielke - Schatten einer gefälschten Biografie
von Wolfgang Kießling (März 1999 verstorben)

"Leistner ist Mielke", diese drei Worte, deren Bedeutung sich nicht sogleich erschließen, bilden den Titel von Wolfgang Kießlings neuem Buch, das Ende vergangenen Jahres im Aufbauverlag erschien. Der DDR-Reichsbahnpräsident Willi Kreikemeyer, der die Worte aussprach, bezahlte sie mit seinem Leben. So lautet jedenfalls die These des Autors, der in seiner historischen Dokumentation dem spurlosen Verschwinden Kreikemeyers im Jahr 1950 nachgeht. Seine Rekonstruktion der Biografie von Kreikemeyer sowie dessen letzter Lebenszeichen im Gefängnis der Staatssicherheit anhand von bisher unbekanntem Dokumenten legen den Schluß zwingend nahe, der Reichsbahnpräsident sei im direkten Auftrag Erich Mielkes umgebracht worden. Einen letzten Beweis gibt es nicht, ebensowenig wie es eine Sterbeurkunde, eine Leiche, oder ein Grab gibt. Der Mann, der als einziger heute darüber Aufschluß geben könnte, sitzt in einer Plattenbau-Wohnung in Berlin-Hohenschönhausen und schweigt: Der letzte Staatssicherheitsminister der DDR Erich Mielke wird sein Wissen wahrscheinlich mit ins Grab nehmen.

Das Buch von Kießling deckt jedoch das Geheimnis auf, als dessen ahnungsloser Mitwisser Willi Kreikemeyer sich seinerzeit erwies und aufgrund dessen er wahrscheinlich für immer zum Schweigen gebracht werden mußte. Die Dokumentation, die sich streckenweise wie ein Krimi liest, führt uns in die vierziger Jahre nach Frankreich. In den Internierungslagern in dem von der Wehrmacht nicht besetzten Süden des Landes wurden die aus Spanien zurückgekehrten Interbrigadisten, die politischen Emigranten aus Deutschland und Österreich sowie die jüdischen Flüchtlinge festgehalten. Der Spanienkämpfer und Emigrant Willi Kreikemeyer, der aufgrund seiner Eheschließung mit der Französin Marthe Fels das Internierungslager bald wieder verlassen durfte, bemühte sich im Auftrag der illegalen Leitung der KPD, Hilfe für die inhaftierten Genossen zu organisieren. Diese Hilfe reichte von Lebensmittelpaketen und Geld bis zur Organisation der Flucht für besonders gefährdete Personen. Als 1941 Noel H. Field, als Beauftragter der amerikanischen Hilfsorganisation USC (Unitarian Service Committee) nach Marseille kam, war dies der Beginn nicht nur einer intensiven Zusammenarbeit sondern auch einer persönlichen Freundschaft zwischen ihm und den Kreikemeyers. Field verfügte über Geld, über gute Beziehungen zu diplomatischen Vertretern und eine unerschöpfliche Energie bei der Herausschleusung der gefährdeten Flüchtlinge aus Frankreich, ganz gleich ob sie Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen oder Juden waren. Anna Seghers und ihre Familie gelangte z.B. auf diese Art nach Mexiko, die Zuckermanns, der KPD-Funktionär Paul Merker, Alexander Abusch, Walter Janka und viele andere. Auf der Liste der Unterstützungsempfänger und Asylbewerber für Mexiko befand sich auch ein Mann namens Fritz Leistner. Damals und auch später wußten außer Kreikemeyer nur sehr wenige Menschen, daß dies der Deckname für Erich Mielke war. Mielke war in der politischen Emigration in Frankreich ein Unbekannter. Er war als Beauftragter der sowjetischen Sicherheitsorgane nach Spanien gekommen. Unklar bleibt, warum er nach dem Ende des Spanienkrieges nicht wieder zurück nach Moskau geschickt wurde sondern nach Belgien und später nach Frankreich kam. In Deutschland drohte ihm die Todesstrafe aufgrund des Mordes an zwei Polizisten im Jahr 1931. Dieser Leistner jedenfalls bekam einige Male über Kreikemeyer von Fields Organisation eine finanzielle Zuwendung ausgezahlt. Seine Emigration nach Mexiko gelang nicht mehr. Leistner/Mielke

tauchte unter, schloß sich allerdings nicht dem Widerstand an. Einige Zeit später wurde er Mitarbeiter der Organisation Todt und überlebte auf diese Weise den Krieg. Die Geschichte dieses - damals unbedeutenden - hilfeschuchenden Flüchtlings Fritz Leistner wurde für Willi Kreikemeyer zum Verhängnis, als im Gefolge des Budapest-Rajk-Prozesses die Kommunisten in den Ostblockstaaten, die Kontakt zu (dem inzwischen verhafteten) Noel Field unterhalten hatten beschuldigt wurden, Agenten des amerikanischen Geheimdienstes zu sein. Willi Kreikemeyer, ein loyaler und gläubiger Kommunist, wurde in den Vernehmungen der Zentralen Parteikontrollkommission aufgefordert, möglichst viele Namen von damaligen Unterstützungsempfängern zu nennen. Er schrieb u.a. den Namen Leistner auf und erklärte, wer sich hinter diesem Pseudonym verbarg. Laut Protokoll antwortete die stellvertretende Vorsitzende der Untersuchungskommission Herta Geffke darauf verblüfft: "Hier müssen wir auch noch Rückfrage halten".

Wolfgang Kießling geht in seinem Buch davon aus, daß das Ergebnis dieser "Rückfrage" die Verhaftung und schließliche Ermordung von Kreikemeyer war. Die Aufdeckung der Tatsache, daß der Staatssekretär für Staatssicherheit selbst ein Westemigrant war und Geld von dem "Agenten" Field erhalten hatte, hätte ihn in dieser Zeit wohl mindestens den Posten als "Oberster Säuberer", wenn nicht sogar die Freiheit kosten können. In einem beeindruckenden Panorama wird die Geschichte Willi Kreikemeyers bis an die Grenze dieser Gewißheit recherchiert und präsentiert, ohne allerdings die offenen Fragen zu Antworten umzufälschen. Es ist die Stärke von Wolfgang Kießling, daß er nicht spekuliert sondern ein Mosaik von Fakten aufbaut und dem Leser die Schlußfolgerung und letzliche Wertung überläßt. Dabei erfahren wir übrigens weitaus mehr über die Biografie von Willi und Marthe Kreikemeyer und ihrer damaligen Genossen als über Erich Mielke. In dieser Hinsicht ist der Titel des Buches, mit dem Blick auf erwünschte Publikumswirksamkeit, ein wenig irreführend. Besonders bewegend zeichnet Kießling den einsamen und tapferen Kampf der Marthe Kreikemeyer nach, die jahrelang von der SED-Führung und von den Staatssicherheitsorganen immer wieder die Freilassung ihres Mannes forderte, bis sie schließlich nur noch Gewißheit über das Schicksal des Verschwundenen haben wollte. Marthe Kreikemeyer starb in den siebziger Jahren in ihrer französischen Heimat, ohne diese Gewißheit je erlangt zu haben. Das einzige, das die DDR-Behörden ihr nach jahrelangem Schweigen zubilligten, war 1957 eine fadenscheinige Todeserklärung.

Annette Leo

Lügendetektor - Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45 von Paul Saul K. Padover, Eichborn Verlag, 44,-DM

1944 erreicht direkt hinter den ersten Truppen der amerikanischen Armee eine kleine Einheit von Nachrichtenspezialisten das besiegte Deutschland. Sie sind Angehörige der Abteilung für Psychologischen Kriegsführung (PWD) der US-Armee. Sie sollen die Stimmung in Deutschland erkunden und versuchen die „ideologische Mauer zu sprengen, die Goebbels rings um Deutschland errichtet hatte.“

Die amerikanischen Truppen wissen wenig über die Stimmung in Deutschland und so besetzen sie im wahrsten Sinne des Wortes unbekanntes Gebiet. Um diese Unwissenheit abzubauen führen Saul K. Padover und seine Kollegen diverse Interviews mit Deutschen. Padovers Bericht, 1946 in Amerika erschienen, liegt nun

unter dem Titel „Lügendetektor Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45“ das erste Mal auf deutsch vor und gibt einen Einblick in das Denken und Fühlen vieler Deutscher am Ende des Nationalsozialismus.

Padover, 1905 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren und 1920 in die USA ausgewandert, interviewt Bürgermeister und Bischöfe, Arbeiter und Offiziere, Männer und Frauen, fanatische Nationalsozialisten und Gegner der Nazis. Er ist auf der Suche nach Nationalsozialisten, versucht herauszufinden, wie lange die Menschen das System noch unterstützen würden und wie durch Propaganda und Flugblätter der Krieg verkürzt werden kann. Aber bis auf wenige Ausnahmen findet er kein überzeugten Anhänger des Systems. Er spricht mit Mitläufern und Duckmäusern und selbst Mitglieder der NSDAP waren dieses laut eigenen Angaben nicht aus Überzeugung sondern weil sie angeblich zur Mitgliedschaft gezwungen wurden oder aus rein opportunistischen Gründen, weil es gut für's Geschäft war.

Aber auch Gegner findet er kaum. Und selbst die wenigen alten Sozialdemokraten und Kommunisten, mit denen er spricht, sind durch eine eigentümliche Passivität gekennzeichnet. Auf die immer wieder gestellte Frage, warum sie keinen Widerstand geleistet hätten, folgt der Verweis auf den Terror der Gestapo. Der Hinweis auf Widerstand in allen besetzten Ländern findet die Erwiderung, daß „die Deutschen“ zu so etwas nicht in der Lage sind.

Überhaupt fällt die Distanz auf, mit der die meisten Deutschen über das eigene politische System berichten. Persönlich waren sie nicht betroffen, blieben sie unbeteiligt, standen abseits und begrüßen die amerikanischen Truppen erleichtert und freundlich, sich selber keiner Verantwortung gar Schuld bewußt. Eine Schuld, die auf Verbrechen gründete, von denen die allermeisten der Befragten wußten. Angesprochen auf Verbrechen gegenüber Juden und Polen geben die meisten zu, von ihnen gewußt zu haben. Gleichzeitig brechen die rassistischen Vorurteile vor allem gegen die Bürger der Sowjetunion durch und die Verachtung gegenüber Osteuropäern und zeigen so, wie erfolgreich der Nationalsozialismus mit der ideologischen Durchdringung der deutschen Gesellschaft war. Plünderungen von eigenen „Volksgenossen“ begangen werden befreiten Zwangsarbeitern zugeschrieben, denen auch Padover zahlreich begegnet.

Padover berichtet auch von den Veränderungen der Einstellungen der Deutschen in unterschiedlichen Gegenden. Die Stimmung der Menschen im Rheinland ist offen und den Amerikanern gegenüber freundlich. Je weiter er in östlicher Richtung vordringt, desto unverhohlener begegnen ihm allerdings auch Ressentiments bis hin zu kaum verhohlener Feindschaft. Nach sieben Monaten, die er in Deutschland zugebracht hat, ist allerdings auch seine Geduld am Ende, zermürbt von Leichtfertigkeit, Lügen und Larmoyanz sehnt er die Abreise aus Deutschland herbei. Padovers Bericht gibt, trotz einiger Verzerrungen u.a. gegenüber den Kommunisten, die stark seine amerikanische Perspektive widerspiegeln, einen guten Einblick in das Leben in Deutschland und zeigt eindrucksvoll, daß Distanz und Verdrängung gegenüber der eigenen Beteiligung am System und den Verbrechen nicht erst Jahre später einsetzen sondern schon im Oktober 1944 in Deutschland vorherrschend sind.

Matthias Haß

"Ich steh' und fall' mit Deutschland" - Julius Bab und der Jüdische Kulturbund Berlin

Die Gedenktafel für Julius Bab in Berlin ist nicht leicht zu finden: Unter einem Erkervorsprung versteckt, an einem Neubau in der Bundesallee 19, direkt neben dem Eingang einer Bierkneipe erinnert sie seit 1989 an den bekannten jüdischen Dramatiker und Theaterkritiker, der 1939 - nicht, wie es dort heißt: 1938 - aus Deutschland ins Exil ging.

Nun hat die Berliner Historikerin Sylvia Rogge-Gau ihm ein eigenes Denkmal errichtet. In ihrer Dissertation, die im April 1999 im Berliner Metropol-Verlag erschienen ist, geht sie dem Lebensweg von Julius Bab nach und dokumentiert zugleich die Geschichte des Jüdischen Kulturbundes in Berlin, dessen Gründungsmitglied Julius Bab 1933 war. Nachdem die Berliner Akademie der Künste mehrere Ausstellungen (1986 und 1992) der Geschichte dieses Überlebens-Bundes gewidmet hat, folgt nun eine wissenschaftlich fundierte - von Reinhard Rürup und Wolfgang Benz betreute - monographische Darstellung, die sich vertiefend dem Innenleben der Organisation und den Identitätsproblemen ihrer Akteure zuwendet. Die Autorin konnte dabei auf den reichen Schatz an Archivalien zurückgreifen, die sich u.a. im 1963 eingerichteten Julius-Bab-Archiv der Akademie der Künste befinden.

Julius Bab steht, so Rogge-Gau, exemplarisch für die Situation des akkulturierten liberalen jüdischen Bürgertums in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, dessen Versuch, zugleich deutsch und jüdisch zu sein, auf grausamste Weise zum Scheitern verurteilt wurde. Und sie fragt danach, wie sich dieses deutsch-jüdische Selbstbewußtsein unter den Bedingungen der NS-Herrschaft verändert hat. Auch hierfür legen Julius Babs Lebensweg und seine nachgelassenen Schriften beredtes Zeugnis ab. Geboren 1880 in Berlin, wuchs er im Geiste der Jüdischen Reformgemeinde auf und heiratete 1904 eine christliche Frau - als "erstes verheiratetes Studentenpaar in den Annalen der Berliner Universität". In den 20er Jahren wird Bab als Dramaturg, Theaterkritiker und Vorstandsmitglied der "Volksbühne" zu einer Institution des Berliner Kulturlebens.

Als die Nationalsozialisten 1933 alle jüdischen Künstler aus dem öffentlichen Kulturleben vertrieben, fand auch Bab - eher widerstrebend - ein neues Tätigkeitsfeld im Jüdischen Kulturbund: "Es ist all das, was ich 30 Jahre lang abgelehnt und bekämpft habe, es ist das Ghetto." Seine Versuche, dennoch an der deutsch-jüdischen Kultur festzuhalten, scheitern bald auch in der eigenen Organisation. Der äußere Druck zwingt zur Geschlossenheit einer rein jüdischen Identität.

1934 tritt Bab aus dem Vorstand zurück. Aber er bleibt zunächst in Berlin: "Ich werde hier sitzen, solange es geht." Doch 1939 entschließt auch er sich zur Emigration. Über Frankreich, wo er als "feindlicher Ausländer" interniert wird, gelangt er 1940 in die USA. Nur zu Besuchen kehrte er nach Deutschland zurück und starb am 12.2.1955 auf Long Island. Seine Gefühle in der "Neuen Welt" faßt er 1941 in einem Gedicht zusammen:

"Die Alte Welt zerbrach. es blieb kein Heim
Ich warf in diese neue Welt den Keim.
Und reift nun Segen oder Mißgeschick
Ich kam hier an und will nie mehr zurück."

Sylvia Rogge-Gau: Die doppelte Wurzel des Daseins - Julius Bab und der Jüdische Kulturbund Berlin, Metropol-Verlag Berlin, 240 S., DM 38.-

Christine Fischer-Defoy

Wir wurden gebeten, folgendes zu veröffentlichen:

Personen, die zu einer der folgenden Gruppen gehören, werden gebeten, sich bei der Geschäftsstelle zu melden. Dort wird ein umfangreiches Schriftstück der Holocaust Victim Assets Litigation verwahrt, das auch einen Fragebogen enthält, mit dessen Hilfe sich die ehemals Verfolgten, die von der Schweiz Geld zu beanspruchen haben, melden können. Die Gruppen, die anspruchsberechtigt sind, sind:

alle NS-Verfolgten (nicht nur Entschädigungsberechtigte nach den deutschen Entschädigungsgesetzen, sondern auch Homosexuelle, geistig Behinderte die

1. vor dem 9. Mai 1945 Vermögenswerte bei einer Schweizer Bank, bei einem Schweizer Investmentfonds oder bei einem anderen Schweizer Vermögensverwalter hinterlegt hatten
oder

2. die im Zusammenhang mit vom NS-Regime geplünderten oder geraubten Vermögenswerten Rechtsforderungen gegen Schweizer Organisationen haben
oder

3. die Zwangsarbeit ausführten für Organisationen, die möglicherweise den Ertrag aus dieser Arbeit bei Schweizer Organisationen hinterlegten oder durch Schweizer Organisationen abwickelten
oder

4. ohne Erfolg versuchten, in die Schweiz einzureisen, um der Verfolgung durch die Nationalsozialisten zu entgehen oder die, nachdem ihnen die Einreise erlaubt wurde, mißhandelt wurden und die möglicherweise damit verbundene Ansprüche gegen irgendeine Schweizer Organisation haben.
oder

5. die Personen, die an einer Arbeitsstelle, die einer Schweizer Organisation gehörte oder von ihr kontrolliert wurde, Zwangsarbeit verrichteten, ungeachtet dessen, ob diese Einzelpersonen Opfer oder Zielscheiben der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren.

Auch gesetzliche Erben der in 1-5 genannten Personengruppen sind antragsberechtigt.



Von Photos, Briefen, und Tagebüchern:

Alltagsgegenstände werden im Jüdischen Museum Berlin die Erinnerung bewahren

Die 78jährige Schoschana Herrmann, die heute in Israel lebt, hat ihre alten Photoalben und Heiratsurkunden dem Jüdischen Museum Berlin übergeben. Die Alben hatte sie nach dem Krieg im Dachgeschoß der alten Amsterdamer Wohnung wiedergefunden, der dritten Fluchtstation, seit sie Berlin 1933 verlassen hatte. Sie waren die einzigen Erinnerungsstücke, die ihrer Mutter und ihr geblieben waren. Diese vertrauensvolle Geste verbindet sie mit der Hoffnung, daß ihre Geschichte dazu beitragen möge, daß „so etwas nie wieder geschieht.“ Jüdische Familiengeschichten sind seit vielen Jahren ein Schwerpunkt der Sammlungstätigkeit des Jüdischen Museums Berlin. Die Eröffnungsausstellung im Oktober 2000 wird mit zahlreichen persönlichen Unterlagen und Gegenständen Einblicke in das Leben deutscher Juden bieten, denn "diese strahlen Intimität aus und bieten den Besuchern gute Identifikationsmöglichkeiten. Das ist für die pädagogische Arbeit, vor allem mit Jugendlichen, sehr wichtig" sagt Gisela Freydank, Archivarin des Jüdischen Museums. "Uns geht es nicht nur um berühmte Leute wie die Einsteins, Rathenaus oder Liebermanns. Gerade die Erinnerung an die vielen unbekanntenen Schicksale liegt uns am Herzen."

Das Museum sucht auch Kontakte zu Nachkommen der Zeitzeugen, in deren Besitz sich Dokumente und andere Erinnerungsstücke befinden. Seitdem das Jüdische Museum Berlin im letzten Jahr in den spektakulären, vom Architekten Daniel Libeskind entworfenen Zinkbau eingezogen und eine autonome Stiftung geworden ist, ist es ein Publikumsmagnet. „Unsere Stifter wissen, daß wir ihre Schenkungen für ein interessiertes Publikum aufbereiten und sammeln“, sagt Archivarin Freydank.

Was wird gesammelt? Die unterschiedlichsten Dinge, von Photos, Briefen, Zeugnissen, Tagebüchern, Stammbäumen, Familienalben, Portraits, Ausweisen, Pässen, Orden, Medaillen, Zeitungsausschnitten, Firmenprospekten und Katalogen bis zu Spielzeug, Geschirr, Silber, Tischwäsche und Zeremonialgegenständen - nicht ausschließlich aus der Zeit des Nationalsozialismus. Gesucht werden auch ältere Objekte, die auf die jahrhundertealte Verwurzelung in Deutschland verweisen, oder die das Exil, das Leben in den DP-Lagern, die Entschädigungen oder Restitutionsverfahren nach dem Mauerfall bezeugen. Wem es schwerfällt, sich von Familiegegenständen endgültig zu trennen, dem ist das Museum auch für Leihgaben dankbar.

Das Jüdische Museum Berlin bittet die Leser darum, diesen Artikel im Familien-, Freundes-, und Bekanntenkreis weiterzureichen.

Kontaktadresse: Jüdisches Museum Berlin

z. Hd. Gisela Freydank/Leonore Maier, Lindenstr. 9-14, 10969 Berlin, Tel +49-30-25993-416/455, Fax +49-30-25993-400, e-mail: archive@jmb Berlin.de

Lindenstraße 9-14 · D-10969 Berlin · Tel.: +49 (0) 30-25 99 33 · Fax: +49 (0) 30-25 993-400, -409

Kinder, spricht der Onkel Walser.
 Preisbörsianer, Allumhalser,
 unser einst zu schmales Land
 ist jetzt ein normales Land,
 wo man schreibt und sagt,
 was uns an uns selbst behagt.
 Schaut Euch um, doch nicht zurück:
 Ravensburg statt Ravensbrück.
 Meßkirch, auch sehr hübsch gelegen,
 traulicher als Esterwegen.
 Dachau? Flossenbürg? Ach geh!
 Bodensee, nicht Plötzensee.
 Und so weiter dergestalt,
 daß sich jeder ohne Reue
 unserer Nation erfreue:
 "Westerwald!" statt Buchenwald.

Peter Rühmkorf

entnommen der *Ravensbrückblätter*



Auch das ist möglich: Wahlkampf gegen das Holocaust-Denkmal. So gesehen in Berlins Mitte auf der Chausseestraße, nahe bei der Nummer 8. Immerhin 10.537 Bürgerinnen ließen sich davon zu einem Kreuzchen hinreißen. Für den nächsten Wahlkampf empfehlen wir: **"Geistige Armut bekämpfen mit teuren...."**



24. Juni 1999: Diskussion zur Gedenktafelausstellung in der Galerie 'Olga Benario', Berlin-Neukölln: von rechts Heike Naumann, Katinka Krause, Martin Schönfeld, Harald Ramm, Martin Düspohl, Frauke Gundlach Photos: Jürgen Henschel





17. Juni 1999: Mitgliedergespräch des Vereins Aktives Museum auf dem Bayrischen Platz in der Exil-Ausstellung

